

POLITIK IN GENÈVE

von Dr. Edgar v. Schmidt-Pauli

Deutschland und der Völkerbund

In wenigen Tagen wird wieder die halbe Welt an den freundlichen Ufern des Genfer Sees versammelt sein, um hohe Politik zu treiben. Hohe Politik in den großen Sitzungen des Völkerbundes in der „Salle des Reformatations“. Höhere in den vielen Kommissionen, Ausschüssen und Unterausschüssen des Bundes, im Völkerbundrate und im Völkerbunds-Sekretariat. Höchste bei den verschiedenen Frühstück, Dinners und Soupers der Delegationen. Allerhöchste in den verschwiegenen Hotelzimmern, bei den vertraulichen Zusammenkünften der Ministerpräsidenten und Chefs. Fünfzehn Ministerpräsidenten hatten sich im vorigen Jahr zusammengefunden, außer den offiziellen Delegationen der dem Völkerbunde angeschlossenen Staaten, ihren Stäben und Sekretären und dem Heer der Journalisten aller Länder, um der Rede Macdonalds zu lauschen, in der Deutschland aufgefordert wurde, dem Bund beizutreten.

Was ist seitdem geschehen?

Sind sich, was hier in erster Reihe interessiert, Deutschland und der Völkerbund nähergerückt?

Als damals der englische Trompetenstoß etwas unerwartet erschallte, waren Kanzler und Reichsaußenminister im Urlaub, der Staatssekretär von Maltzan durch den Rapallovertrag schwer gehemmt und der zuständige Referent im Auswärtigen Amt von Bülow prinzipiell Gegner des Eintritts Deutschlands. So verpaßte man zunächst einmal die Gelegenheit zu einer geschickten Antwort. Wenn man schon Bedenken hatte, mit kühnem Entschluß die englische Einladung anzunehmen, damit Frankreich gewissermaßen zu überrennen und unter Vermeidung der späteren, recht unerquicklichen Diskussionen Deutschland die Position im Völkerbund zu erzwingen, die ihm zukommt, mußte man wenigstens eine Antwort finden, die den

guten Willen Deutschlands, an dem großen Friedenswerke mitzuwirken unterstrich, anstatt der verzögerten, mit Bedenken beschwerten, lauen Veröffentlichung des aus dem Urlaub zusammengetrommelten Kabinetts, die uns wieder neues Mißtrauen einbrachte und isolierte.

Ich darf in die Erinnerung zurückrufen, was nach diesem offenbaren diplomatischen Fehler, auf den ich schon vor Jahresfrist an dieser Stelle hingewiesen habe und den heute gewiß niemand leugnen wird, geschah. Das Auswärtige Amt arbeitete ein Memorandum aus, das auf Grund eines Kabinettsbeschlusses den zehn im Völkerbundsrat vertretenen Mächten durch unsere Bevollmächtigten im Auslande überreicht wurde. Das Memorandum stellte eine Reihe von Fragen, von deren Beantwortung weitere Verhandlungen über den Eintritt Deutschlands abhängig gemacht wurden. Besonders wurde die Abänderung des berüchtigten § 16 des Völkerbundsstatuts verlangt, der die Mitglieder unter bestimmten Umständen zur Teilnahme an einer Bundesexekutive verpflichtet, der daher ein entwaffnetes Deutschland im Herzen Europas ohne genügenden Schutz besonderen Gefahren aussetzt. Außerdem wurde ein Sitz im Völkerbundsrat beansprucht u. a. mehr. Die einzelnen Antworten sind meines Wissens nicht veröffentlicht worden. Die deutsche öffentliche Meinung, soweit man überhaupt von einer solchen sprechen kann!, teilte sich in zwei Lager, in das der Befürworter des Eintritts in den Völkerbund und in das der Gegner des Eintritts. Bald jedoch entschloß die ganze Frage sanft, trotz ihrer Wichtigkeit, wie das bei uns zu geschehen pflegt, wo der Blick für auswärtige Politik nicht eben besonders geschärft genannt werden kann, und wurde auch durch die von Stresemann eingeleitete Aktion des Garantiepaktes verdrängt, bis sie auf einmal durch die von Frankreichs Botschafter überreichte Note der Alliierten